

Auf dem Weg zu einem europäischen Parteiensystem?

Rudolf Hrbek skizzierte einleitend die wissenschaftliche Konjunktur der Thematik seit den siebziger Jahren. Er formulierte als Ziel der Konferenz, eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse des sich herausbildenden europäischen Parteiensystems vorzulegen und konnte vorweg auf die hervorragende Qualifikation von Referenten und Teilnehmern verweisen. Im einzelnen standen die folgenden Themenbereiche auf der Agenda: Authentische Berichte über die großen europäischen Parteienföderationen und deren Einschätzung aus wissenschaftlicher Sicht, die Funktion europäischer Parteien nach dem EG-Vertrag und ihre Finanzierung, die Fraktionen des Europäischen Parlaments sowie – quasi als konkreter Einzelfall – der Faktor Partei bei den Sanktionen der Europäischen Union gegen Österreich; ferner die Rolle der Parteien auf der supranationalen Ebene: bei der Kommission und im Ausschuss der Regionen; schließlich die Einbeziehung von Parteien aus mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL).

Die Euro-Parteien

Der erste Block galt einer Bestandsaufnahme der programmatischen und organisatorischen Entwicklung der europäischen politischen Parteien, vorgetragen von *Klaus Welle*, *Antony Beumer*, *Christian Ehlers* und von *Thomas Dietz*. Zunächst ging es um die Entwicklung der vier größten europapolitischen Parteienfamilien im Lichte der EP-Wahlen. Nach den Wahlen von 1999 wurde die EVP mit 232 Sitzen (bisher 202) zur stärksten Fraktion und löste in dieser Rolle die bis dahin majoritäre SPE ab, die von bislang 214 auf 180 Sitze reduziert wurde; sie musste deutliche Stimmenverluste von Labour Party und SPD hinnehmen, während der Zuwachs der EVP, deren Mitgliedsparteien in fast allen Staaten in der Opposition sind, sich als quasi gegenläufig zur nationalen Stärke erwies. Allerdings musste die EVP auch Rückschläge auf nationaler Ebene hinnehmen, besonders das faktische Verschwinden der traditionellen italienischen DC. Drittstärkste Fraktion blieben

Auf dem Weg zu einem europäischen Parteiensystem? Die Rolle politischer Parteien im EU-System

Wissenschaftliche Konferenz des Arbeitskreises Europäische Integration, in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit Unterstützung der Europäischen Kommission

Berlin, 14.-15. Juli 2000

Eröffnung: Integrationschub durch Politisierung? Die integrationspolitische Funktion politischer Parteien
Prof. Dr. Rudolf HRBEK, Universität Tübingen

Europäische Parteien: Programmatische und organisatorische Entwicklung und das Verhältnis zu den nationalen Mitgliedsparteien

Europäische Volkspartei (EVP), Sozialistische Partei Europas (SPE), Europäische Liberale und Reformer (ELDR), Grüne

Referenten:

Klaus WELLE, Generalsekretär der EVP-ED im EP, Brüssel
Antony BEUMER, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas
Dr. Thomas DIETZ, Geschäftsführung von Bündnis '90/ Die Grünen, Berlin

Kommentar aus wissenschaftlicher Sicht

Dr. Robert LADRECH, Director, Keele European Research Centre, Politics Department, Keele University

Stellung und Funktion europäischer politischer Parteien im Lichte von Art. 191EGV

Prof. Dr. Volker NEBLER, FH für Technik und Wirtschaft, Berlin

Finanzierung europäischer Parteien: Probleme und Perspektiven im Lichte des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofes

Klaus PÖHLE, Generaldirektor des EP a.D., Luxemburg

Zwischen Kooperation und Wettbewerb: Die Fraktionen des Europäischen Parlaments im EU-Entscheidungsprozess

Dr. Simon HIX, Department of Government/European Institute, London School of Economics and Political Science, London

ÖVP und EVP: Der Faktor "Partei" bei den Sanktionen der 14 gegen Österreich

Prof. Dr. Heinrich SCHNEIDER, Universität Wien

Der Faktor "Partei" in der Arbeit der Europäischen Kommission

Gerd TEBBE, Deutscher Bundestag, vormals Europäische Kommission, GD Auswärtige Beziehungen, Brüssel

Der Faktor "Partei" in der Arbeit des Ausschuss der Regionen

MinDirig. Ulla KALBFLEISCH-KLOTTSIEPER, Erfurt

Die Einbeziehung von Parteien der MOEL in das europäische Parteiensystem im Vorfeld der EU-Erweiterung am Beispiel der Tschechischen Republik

Prof. Dr. Attila ÁGH, University of Economic Sciences Department of Political Science, Budapest

die Europäischen Liberalen und Reformer (ELDR), die sich von 42 auf 50 Abgeordnete steigerten. Einen Zugewinn konnten auch die Euro-Grünen verbuchen, sie verbesserten sich von 27 auf 38 Sitze; durch den Anschluss von 9 Regionalisten und Nationalisten kamen sie auf 47 Sitze und bilden nun als Die Grünen/Freie Europäische Allianz (G/EFA) die viertgrößte EP-Fraktion.

Was die Stabilität der Euro-Parteien und ihrer Fraktionen angeht, so verwies *Welle* auf die große Heterogenität innerhalb der jetzigen EVP, vor allem auf den Gegensatz zwischen Christdemokraten und Konservativen, zwischen dem Konzept eines „sozialen Europas“ und dem einer „Markt-Ökonomie“. Diese Diskrepanz bestand nicht erst seit dem fraktionellen Zusammenschluss mit den britischen Konservativen und den französischen Gaullisten des RPR (die beide nicht Mitglied der EVP sind): schon vorher traten eher konservative Parteien der EVP bei, wie die spanische Partido Popular und die Forza Italia. Die zentrale Frage bleibt, wieweit die neuen Gruppierungen integriert werden können, eine weitere Expansion, so *Welle*, wird nicht angestrebt, da die Konsolidierung der transnationalen Strukturen im Vordergrund steht. Aus der ideologischen Heterogenität werden auch die Schwierigkeiten eines gemeinsamen Konzeptes verständlich.

Die SPE ist die älteste Euro-Partei; sie gab sich als erste die Bezeichnung „Partei“ – ein Begriff, so *Antony Beumer*, der eher eine Zielsetzung bezeichnet. Sie ist, aus pragmatischen Gründen, mehr auf die Union zentriert als EVP und Grüne. Für das Entscheidungsverfahren ist das Majoritätsprinzip vorgesehen, wird aber nicht praktiziert: es gibt kein Überstimmen einer nationalen Mitgliedspartei. Besonders wichtig für die Koordination sind die vorbereitenden Treffen von Parteiführern und Regierungschefs vor den Euro-Gipfeln, wobei der SPE die Nähe zu den jetzt überwiegend sozialdemokratischen Regierungen den Zugang erleichtert. Die politische Kohäsion der SPE war lange Zeit problematisch, da sie – im Gegensatz zur alten EVP – auch Euro-Gegner und -Skeptiker integrieren musste. In der Kooperation im Europäischen Parlament konstatierte *Beumer* nach den letzten

EP-Wahlen eine „Revolution“: die langjährige Zusammenarbeit der beiden großen Fraktionen scheint beendet, was einerseits ein Mehr an inhaltlicher Auseinandersetzung bedeutet, andererseits aber die Unterstützung für das europäische Projekt bedroht. Abschließend betonte der Referent, dass seine Euro-Partei die nationalen Parteien nicht ersetzen könne, sie sei ein zusätzliches Element der Parteipolitik. Politik sei nach wie vor national organisiert, und die nationalen Parteien akzeptierten häufig keine europäische Linie.

Christian Ehlers skizzierte die organisatorische und programmatische Entwicklung der ELDR. Sehr wichtig ist die Zusammenarbeit mit der Fraktion; ihre Expertisen bilden die Grundlage für die politischen Stellungnahmen der ELDR. Die Treffen der Parteiführer wirken sich sehr positiv auf die Kohäsion der Parteifamilie aus. Es finden auch Treffen mit Ministern statt (weniger – mangels Masse – mit Regierungschefs); es gilt, Präsenz und Position der Euro-Liberalen deutlich zu machen. Das in den nationalen Parteien angewandte Prinzip der Demokratie von unten gilt nicht auf der Ebene der Europäischen Union: Nur eine begrenzte Zahl von Parteimitgliedern ist für die Euro-Partei zu erreichen; diese muss den Verdacht entkräften, dass sie politische Themen an sich reiße. Für die Liberalen geht es darum, die Euro-Parteien zu wirklichen Parteien im legalen Sinne des Wortes zu entwickeln.

Die bewegte Geschichte der Euro-Grünen, die infolge ihrer rasanten Entwicklung inzwischen zur Liga der drei anderen großen Euro-Parteien gestoßen sind, beschrieb *Thomas Dietz*. 1993 wurde die „europäische Föderation Grüner Parteien“ gegründet; sie besteht aus 26 Mitgliedsparteien, die im Unterschied zum Verfahren in den anderen Euro-Parteien alle die gleichen Rechte und Pflichten haben, unabhängig von der EU-Mitgliedschaft; auf Grund ihrer stark dezentralen Struktur gibt es auch keine Treffen der Parteiführer. Sie ist noch keine wirkliche (transnationale) Partei (was wohl auch für die anderen gilt). In der grünen Programmatik der achtziger Jahre herrschte hinsichtlich der neuen politischen Themen (wie zum Beispiel Umwelt) eine beträchtliche

Kohärenz, aber es gab starke interne Konflikte etwa über die Abtreibung (Irland versus Niederlande), die NATO und die WEU. Im wesentlichen waren zwei grundsätzliche Konfliktlinien festzustellen: Zwischen Föderalisten und Konföderalisten sowie zwischen Befürwortern und Gegnern der EU-Integration. Zu Beginn der neunziger Jahre legten die Grünen ihren Euro-Skeptizismus weitgehend ab und einigten sich – trotz der Mitglieder von außerhalb – auf eine gemeinsame Wahlplattform für die EP-Wahlen von 1994. Im Parlament freilich entschied immer die Fraktion selbst, unabhängig von den nationalen Parteien. Im Rahmen der Euro-Partei bleibt die nationale Ebene dominierend.

Der Kommentar zu den Euro-Parteien aus wissenschaftlicher Sicht

Die Akteure waren sich weitgehend einig in der Einschätzung ihrer Euro-Partei als einer „Partei von Parteien“; die Euro-Parteien seien in den Händen der nationalen Parteien, diese wollten die Kontrolle behalten, ihr Interesse gebe den Ausschlag.

Im Anschluss an die Berichte der Referenten aus der Praxis unternahm es *Robert Ladrech*, diese nun aus der Sicht der Forschung zu kommentieren. Er stimmte der Einschätzung der Akteure hinsichtlich des Charakters der Euro-Parteien zu, verwies aber gleichzeitig darauf, dass der Begriff „Partei“ („ein Ziel, ein Name“) aus dem Kontext der nationalen Politik stamme. EP-Gruppe (Fraktion) und transnationale Parteienföderation (Euro-Partei) im EU-System sind verschieden auch von ihren Pendants in einem föderalistischen System wie der Bundesrepublik. Ladrech fragte nach den Funktionen von Euro-Parteien: (1) Integration der nationalen Parteien in das Entscheidungssystem der Europäischen Union, ihre Anbindung an die institutionelle Entwicklung der Union; dies gilt für nationale Regierungs- wie auch für Oppositionsparteien (die sich damit auf EU-Ebene artikulieren können). (2) Koordination der nationalen Positionen der Parteien; hierfür sind die Euro-Parteien unerlässlich, und zwar in dem Maße, wie die EU-Politik in die nationale Politik einwirkt. (3) Funktion für eine europäische Verfassung; nicht alle nationalen Verfassungen haben ein Parteienstatut, und die

Euro-Parteien wachsen entlang der politischen Dynamik der EU-Institutionen. (4) Politische Sozialisation: Sie ermöglichen die Sensibilisierung für die Position der anderen und deren Umsetzung in nationale Parteipolitik.

Alle Referenten stimmten in der anschließenden Diskussion dem Argument zu, dass der analytische Bezug auf den nationalen Kontext irreführend sei. *Klaus Welle* wies darauf hin, dass Euro-Parteien auch zu Legitimation verhelfen, und nannte als Beispiel die Aufnahme der spanischen Partido Popular. Euro-Parteien senken zudem die Kosten politischer Transaktionen und bieten einen Zugang zu den obersten Entscheidungsträgern; sie sind auch so etwas wie ein politischer Marktplatz und sie bieten schließlich politisches know how, jetzt besonders gegenüber den MOEL. Die beiden anderen Referenten pflichteten diesen Feststellungen bei. *Thomas Dietz* brachte Beispiele von Parteien, die auf das grüne Ticket wollten und dafür, dass die Euro-Grünen Druck auf nationale Parteien ausübten, eine gemäßigte Liste aufzustellen. *Antony Beumer* hob gleichfalls den starken Legitimitätseffekt der Zugehörigkeit zur Euro-Partei hervor, vor allem auch für die Parteien der MOEL. Er bemerkte zum Zugang zu den Entscheidungsträgern, es sei wichtig, sich bei Regierungschefs und Ministern als Parteifamilie in Erinnerung zu bringen.

Die Fraktionen des Europäischen Parlaments

Nach der Betrachtung der transnationalen Ebene der Euro-Parteien rückte nun die supranationale Arena des Europäischen Parlaments in den Blickpunkt: *Simon Hix* präsentierte ein aktuelles Forschungsprojekt der „European Parliament Research Group“ zum Abstimmungsverhalten der Fraktionen des Europäischen Parlament (vgl. zu den Details die on-line „database of MEP votes“: www.lse.ac.uk/depts/eprg).

Die Funktion der europäischen Parteien nach Art. 191 EGV

Die Schwäche der europäischen Parteien ist eine wesentliche Ursache für die Schwäche des Europäischen Parlaments und für die unterentwickelte demokratische Infrastruktur der Europäischen Union – mit diesem Befund eröffnete

Volker Neßler seinen Beitrag über Stellung und Funktion europäischer Parteien aus einer auf Art. 191 EGV (ex 138a) basierenden „verfassungsrechtlichen Sichtweise“. Der neu eingeführte Artikel, in dem erstmals ausdrücklich auf die Rolle der Parteien im Rahmen der Union verwiesen wird, schreibt ihnen nach seinem Wortlaut drei Funktionen zu: (1) Faktor der Integration, (2) Herausbildung eines europäischen Bewusstseins, (3) Artikulation des Bürgerwillens. Bei der Herausbildung des Parteienartikels standen einige nationale Verfassungen Pate, zum Beispiel der Artikel 21 des deutschen Grundgesetzes, der den Parteien ähnliche Funktionen zuweist. Freilich fasst Art 21 GG einen IST-, Art. 191 EGV einen SOLL-Zustand, da die Euro-Parteien noch nicht in der Lage sind, die entsprechenden Funktionen wahrzunehmen.

Neßler hob besonders die innovative rechtliche Funktion des Parteienartikels hervor: Dieser geht (ihm zufolge) über einen bloßen Programmsatz hinaus und stellt eine rechtlich verbindliche institutionelle Garantie dar – vergleichbar den Parteiartikeln europäischer nationaler Verfassungen – und ist damit Grundlage rechtlicher Verpflichtungen, eventuell sogar von Ansprüchen. Danach muss die Europäische Union den rechtlichen Rahmen für die Euro-Parteien schaffen, eventuell sogar ein Parteienstatut, und diese haben einen Anspruch auf Finanzierung, deren Grundlage und Grenzen die Union bestimmen muss. Freie Gründung (also nicht nur für europafreundliche Gruppierungen), fairer Wettbewerb und Chancengleichheit müssen gewährleistet werden. Andererseits ergeben sich auch Pflichten für die Parteien: Die Anerkennung als Euro-Partei setzt eine Beteiligung an der politischen Willensbildung, also vor allem an Wahlen voraus; sie müssen transnational strukturiert sein, ihre Willensbildung muss demokratisch sein, ihre Finanzgebaren transparent. Im Parteienartikel der Europäischen Union, der bis jetzt keine nennenswerten Auswirkungen gezeigt hat, sieht der Referent ein „erhebliches Potential“ zur Stärkung der Euro-Parteien. Letztlich geht es freilich um die politische Frage, ob die nationalen Parteien ein wirklich starkes Euro-Parteiensystem wollen. Funktionsfähige politische Parteien sind ein unverzichtbares Element der politischen Kommunikation,

die ihrerseits eine Voraussetzung für Demokratie darstellt – darin liegt der Beitrag des Parteienartikels 191 zur Demokratisierung der Europäischen Union.

Die Finanzierung der europäischen Parteien

Die Verwendung öffentlicher Mittel muss transparent sein; die Europäische Union verfügt über ein rechtliches Kontrollorgan, den Europäischen Gerichtshof: Von diesen Prämissen ausgehend analysierte *Klaus Pöhle* Probleme und Perspektiven der Finanzierung der europäischen Parteien im Lichte des Sonderberichtes des Europäischen Rechnungshofes (EuRH). Gegenstand des Sonderberichtes war eine verschleiendes Finanzgebaren der EP-Fraktionen, die schon lange aus dem Haushalt des Parlaments alimentiert werden und solche Mittel auch für nationale Parteien ausgeben (oft nur für eine bestimmte Partei), ohne dass die Fraktion in Erscheinung tritt.

Pöhle geht davon aus, dass eine Mehrheit im Parlament eine Trennung der Finanzierung von Fraktionen und Euro-Parteien will, also eine Legalisierung des Verfahrens. Möglich ist folglich ein Beschluss des Rates zur Ergänzung des Parteienartikels 191 EGV. Der Referent skizzierte vier Optionen für die Finanzierung der Euro-Parteien:

- (1) Eine vollständige Finanzierung aus dem EU-Haushalt (etwa nach Stimmen, Sitzen, Zahl der Mitgliedsparteien). Diese Lösung würde wohl auf den Protest der Öffentlichkeit stoßen.
- (2) Keinerlei Finanzierung mehr durch die Europäische Union. Diese „Schockbehandlung“ wäre eine Rückstufung in die „Pionierzeit“ und könnte die Situation der Euro-Parteien klarstellen: Die nationalen Parteien übernehmen die Finanzierung, oder sie gestehen ihr Desinteresse an der Integration ein.
- (3) Kompromiss 1: Die Union übernimmt maximal 30 Prozent des Etats. Diese Regelung würde eine Offenlegung des gesamten Haushalts bedingen. Sie würde Einsparungen notwendig machen und die nationalen Mitgliedsparteien stärker zur Finanzierung heranziehen.
- (4) Kompromiss 2: Eine weitergehende Finanzierung einschließlich einer logistischen Hilfestellung durch die Union. Auch hier müssten die nationalen Parteien verstärkt herangezogen

werden. *Christian Ehlers* brachte den Einwand, dass alle EP-Fraktionen ein aushäusiges Rechnungsprüfungsverfahren praktizierten. Die Euro-Parteien bräuchten eine Übergangszeit. Soweit der EU-Vertrag den Parteien Aufgaben zuweist, müsse er sie auch dazu in die Lage versetzen. Auch *Klaus Welle* sprach sich für eine Übergangszeit bis etwa 2004 aus. Die verschiedenen Euro-Parteien hätten die Mittel des Parlaments in sehr unterschiedlicher Weise verwendet. Die nationalen Parteien seien nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

ÖVP und EVP: Der Faktor „Partei“ bei den Sanktionen gegen Österreich

Nach dem generellen Themenbereich von Parteienstatut und -finanzierung der Euro-Parteien präsentierte *Heinrich Schneider* ein konkretes Problem aus der Verbindung von nationaler Mitgliedspartei, der ÖVP, und Euro-Partei, der EVP. Sein Thema war die Rolle des Faktors „Partei“ bei den Sanktionen der Europäischen Union gegen Österreich. Schneider entwarf zunächst ein farbiges Bild der innenpolitischen Situation, die zu dem Sanktions-Beschluss der 14 Staats- und Regierungschefs führte, um sich dann der internen Problematik der EVP zuzuwenden. Österreich wurde 21 Jahre von einer schwarz-roten (ÖVP und SPÖ), dann einmalig von einer rot-blauen (FPÖ) und seit 1986 wieder von einer großen Koalition regiert (SPÖ und ÖVP) – einer Partnerschaft des „amicalen Misstrauens“, in welcher die großen Interessenverbände selbstverständlich mitbestimmten und Reformen angesichts der neokorporatistischen Verfilzung kaum durchzusetzen waren. Die FPÖ, als deutsch-völkische Partei der Ehemaligen, stagnierte lange Zeit, bis sie im Herbst 1999 unter Jörg Haider 27 Prozent der Wähler für sich gewann – eine Reaktion des Unmuts gegen das etablierte Machtkartell und in der Tat auch von Überfremdungängsten.

Dem Beschluss der 14 lag nach Einschätzung des Referenten eine problematische Perception zu Grunde. Gegen die in der seriösen Presse (wie NZZ, FAZ) angestellte Vermutung von einer Vereinbarung im Rahmen der Sozialistischen Internationale spricht die Tatsache, dass

gerade auch die Nicht-Sozialisten Chirac und Aznar nachhaltig für Sanktionen eintraten. Wichtig war wohl die Befürchtung von einer Art Koalition von Haider mit Bloch (CH) und Stoiber (CSU) sowie mit den starken rechtspopulistischen Kräften flämischer, dänischer und italienischer (Alleanza Nazionale) Provenienz. Die ÖVP reagierte zunächst „fassungslos“; als teilweise linke und syndikalistische Partei sah sie sich verkannt auf europäischer Ebene. Dieses falsche Bild ist nach Schneider auch auf die ideologische Heterogenität der heutigen EVP-Parteifamilie zurückzuführen, die sich nun aus Christdemokraten und eher Konservativen zusammensetzt. Die „Rechtswendung“ Schüssels weckte böse Erinnerungen in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Italien; dagegen verwies der Referent auf das traditionelle Engagement der Christdemokraten für das Ideal eines geeinten Europas, auf ihr Beteiligung am Widerstand, ihr Eintreten für eine Einmischung gegen autoritäre Tendenzen.

Schneider formulierte als Fazit eine These und eine Frage: (1) Die „immer engere Union“ erfordert die Herausbildung einer gemeinsamen politischen Identität und Wertegemeinschaft. Dies entbindet aber nicht von einem Bemühen um gegenseitiges Verständnis. (2) Gibt es einen Integrationsschub durch Politisierung, sind Parteikonflikte ein produktiver Prozess auch auf der Ebene der Union? Jedenfalls ist zu warnen vor einer „Sündenbockmechanik“.

Die Brüsseler Arena

Spielen Parteien eine Rolle in den Institutionen der Europäischen Union selbst – konkreter gefragt: Inwieweit ist der Faktor „Partei“ in Brüssel erkennbar, nicht nur transnational, sondern eben auch national? *Gerd Tebbe* verwies in seinem Beitrag zum Faktor „Partei“ in der Arbeit der Kommission zunächst auf einige Besonderheiten dieses Gemeinschaftsorgans: Es ist nicht mit einer nationalen, von bestimmten Parteien gestellten Regierung vergleichbar. Auch wenn die Kommissionsmitglieder auf Vorschlag der nationalen Regierungen ernannt werden und normalerweise mit ihren Parteien in Verbindung stehen, ist die Kommission doch

kein Gremium, das in erster Linie nach parteipolitischen Kriterien besetzt ist; viele seiner Arbeitsbereiche sind zudem nicht parteipolitisch zu bewerten, sonder eher „neutral“, in einem technokratischen Sinne der Abwicklung von Programmen. Bestimmte Strukturen des europäischen Parteiensystems bilden nach *Tebbe* den Rahmen der Einflussnahme: Stärker als die wenig schlagkräftigen Euro-Parteien agieren die relativ autonomen Fraktionen des Europäischen Parlaments: sie treten eher mit der Kommission in Verbindung. Auch (Partei-)Akteure der nationalen Ebene (wie auch Regierungen, besonders Landesregierungen) treten an die Kommission heran zugunsten nationaler (Partei-) Interessen.

Die parteipolitische Einflussnahme auf die Kommission, so *Tebbe*, erfolgt in der Regel von außen; man tritt also an die Kommission heran, und zwar meist mit ganz spezifischen Wünschen, die einzelne Entscheidungen und nicht Fragen politischer Gestaltung betreffen und oft personalpolitischer Art sind. Wichtigste Adressaten sind politisch nahestehende Kommissare; falls diese persönlich nicht erreichbar sind, wendet man sich an ihr Kabinett oder an die entsprechende Generaldirektion. Innerhalb der Kommission (wie auch im Rat etc.) gibt es Zirkel der einer nationalen Partei verbundenen Mitarbeiter; CDU, SPD und GRÜNE haben außerdem Brüsseler Ortsvereine. Auch die Euro-Parteien treffen sich mit der Kommission und mit nahestehenden Kommissaren. Trotzdem bleibt als Fazit des Referenten: Soweit sich der Faktor „Partei“ direkt in der Kommission bemerkbar macht, handelt es sich eher um nationale Akteure, und es wäre zu wünschen, dass sich die Einflussnahme der Parteien „europäisiert“.

Tebbe umriss das Klima der Kooperation in der Kommission: Die Akteure haben täglich mit Kollegen aus anderen Ländern zu tun, die eine andere Perspektive haben; ihre Aufgabe ist es gerade, über Sachthemen Einigkeit herzustellen (was ihnen zu Hause oft genug den Ruf von Kompromisslern einträgt). Außerdem hob er die Heterogenität der Euro-Parteien selbst hervor: Es gibt wenig Konsistenz, vielmehr oft programmatische Unterschiede innerhalb der Parteienfamilien; die nationalen Positionen

stimmen oft nicht mit denen auf europäischer Ebene überein. An den Ministerrat wenden sich nationale Parteien. Die Kommission ist selten das abschließend entscheidende Organ und balanciert sich sowieso dauernd selbst aus. In jedem EU-Organ zeigt sich die Parteipolitik anders; im Europäischen Parlament offen und direkt, in Kommission und Rat eher indirekt.

Ulla Kalbfleisch-Kottsieper berichtete über den Faktor „Partei“ in diesem Gremium, das den europäischen Regionalismus verkörpert: 99 Regionen (solche mit Staatsqualitäten gibt es in Belgien, Deutschland und Österreich), 834 Kreise, 85.000 Gemeinden. Die Bundesrepublik stellt 24 der insgesamt 222 Mitglieder (21 Vertreter der Länder, 3 der kommunalen Gebietskörperschaften). Es gibt 4 Politische Gruppen (Fraktionen) im AdR (EVP, SPE, ELDR, GRÜNE), die Sitzordnung ist allerdings alphabetisch. Akteure sind nationale Delegationen, Politische Gruppen und interregionale Gruppen; Adressaten sind der Rat, die Kommission und das Europäische Parlament. Bei der Errichtung des AdR haben Parteien nur eine nachrangige Rolle gespielt und die Entwicklung lediglich begleitet. Treibende Kraft waren hier regionale und kommunale Gremien; besonderen Druck übten die Länder und Regionen Deutschlands und Belgiens aus, die ein Gremium der Regionen als eine Vorbedingung für die Einheitliche Europäische Akte und Maastricht ansahen. Seit dem Ausbau des AdR verlaufen die Konfliktlinien jetzt weniger strukturell als geographisch. Daneben stehen institutionelle Konflikte: Sollen Regionen mit Legislativbefugnis einen besonderen Status erhalten? Wie ist das Subsidiaritätsprinzip auszulegen? Während solche Konflikte nicht parteipolitisch bestimmt sind, spielt die Parteipolitik vor allem eine Rolle bei der Besetzung von Stellen im AdR. Beschlüsse werden eher im Rahmen großer Koalitionen mit breitem Konsens gefasst. Obwohl eine durchaus wachsende Parteipolitisation des AdR festzustellen ist, so das Fazit, bleibt das nationale Element nach wie vor dominierend. Eine stärkere Parteipolitisation könnte auch der institutionellen Festigung des AdR dienen; er ist offen für Parteipolitik, aber die nationalen Parteien „haben ihn noch nicht entdeckt“.

Die Einbeziehung von Parteien der MOEL

Die Euro-Parteien werden die Parteien aus den Beitrittsländern miteinbeziehen müssen. Auch bei bisherigen Neuaufnahmen – wie zum Beispiel im Falle Griechenlands, Portugals und Spaniens – wurden Parteien der Beitrittsländer von den etablierten Parteifamilien der Gemeinschaft unterstützt und man könnte fragen, ob diese nun vielleicht zur Herausbildung eines klarer strukturierten Parteiensystems in den östlichen Beitrittsländern beitragen können. Den Fragen einer Herausbildung politischer Parteien in den Reform- und Beitrittsstaaten in MOE – besonders Ungarn, Tschechien, Slowenien, Polen, Slowakei – und ihren Beziehungen zu westeuropäischen Parteien wandte sich *Attila Ágh* zu. *Ágh* klassifizierte zunächst verschiedene Stadien der Parteienentwicklung sowie der Demokratisierung der Systeme in der Phase der Assoziierung bzw. der Beitrittsverhandlungen. Über das generelle Konzept einer „Europäisierung“ herrsche zwar weitgehender Konsens, aber dessen detaillierte Umsetzung erweise sich als sehr schwierig, zumal die politischen Akteure von der konkreten EU-Problematik wenig Ahnung hätten.

Im Koordinatensystem von „Europäisch“ vs „Nationalistisch“ (vertikal) und „Links“ vs. „Rechts“ (horizontal) entwarf der Referent anschließend eine Typologie der MOEL-Parteien. Für die europäisch-modernistische Option stehen die Reformparteien (eher links) und die Liberalen (eher rechts), für eine national-traditionelle Orientierung die alten kommunistischen Parteien (links) sowie ein diffuses Konglomerat oft zerstrittener traditionalistischer Rechtsparteien („ein überfülltes Segment“), außerdem eine radikale Neue Rechte. Anschließend verortete *Ágh* das ungarische Parteiensystem im Rahmen dieser Typologie.

Ágh zeichnete schließlich ein kritisches Bild der Repräsentativität, Legitimität und Europa-Politik der MOEL-Parteien: Ihre soziale Repräsentativität ist gering, sie agieren kaum als Interessenvermittler, da sie nicht fähig oder

nicht willens sind, soziale Konflikte wirklich aufzunehmen. Stattdessen betreiben sie eine „Wertepolitik“ oder eine „Meso-Politik“ (soziale und regionale Aktionen). Das Bekenntnis zu Europa ist geradezu eine Basis ihrer Legitimität, man kann hier von einer Über-Anpassung sprechen. Aber dieser Diskurs der Politiker hat wenig Verbindung zur Bevölkerung und zur realen (Tages-)Politik, zumal in den Regierungen territoriale und gesellschaftliche Akteure nicht vertreten sind. Die transnationale Europäisierung der MOEL-Parteien hinkt dem Europa-Bekenntnis ihrer Führungseliten hinterher. Westliche Parteipolitiker – der linken wie der rechten Parteifamilien – haben sich stark für eine Annäherung und Kooperation engagiert, freilich oft auch ein bevormundendes Verhalten an den Tag gelegt. Der Kritik des Westens, dass die Veränderungen nicht weit genug gingen, sei allerdings entgegenzuhalten, dass die MOEL auch wahre Wunder vollbracht hätten und dass die Politiker dabei seien, ihren Job zu lernen.

Fazit

Das Konzept des AEI, „Wissenschaft“ und „Praxis“ (das heißt unmittelbar vor Ort agierende Politiker) zusammenzuführen, hat sich auf dieser interdisziplinären Tagung ganz besonders bewährt. In den Beiträgen und Diskussionen wurden die zunehmende Orientierung der Parteien auf den Bereich der Europäischen Union und die Umrisse eines europäischen Parteiensystems deutlich, freilich auch die Probleme der Parteien, auf dieser Ebene effektiv zu kooperieren und in etwa so zu agieren, wie sie es auf nationaler Ebene gewohnt sind. Der direkte Austausch zwischen den Analytikern verschiedener Disziplinen und den Akteuren europäischer Parteipolitik machte anschaulich, wie sehr die Dinge hier noch im Fluss sind – Grund genug für den AEI, sich dieser für die Entwicklung der Integration zentralen Thematik auch weiterhin zuzuwenden.

Rudolf Steiert